

FH-SF-02 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Gremium:	Landesvorstand Hessen
Beschlussdatum:	02.05.2017
Tagesordnungspunkt:	FH.FH-SF Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

- 1 Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte gehen alle an. Sie zu schützen
2 ist die
3 Aufgabe der gesamten Gesellschaft.
- 4 Die Voraussetzungen für ein freies, selbstbestimmtes Leben zu schaffen, ist das Ziel
5 der
6 Sicherheitspolitik von Bündnis 90/Die Grünen. Wir wollen auch künftig selbst
7 entscheiden,
8 wohin unsere Gesellschaft sich entwickelt, wen wir lieben, wie wir uns kleiden, welche
9 Wege
10 wir für unser eigenes Leben wählen.
- 11 Das deutsche Grundgesetz gibt allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Rechte. Es
12 schließt
13 Diskriminierung wegen Geschlecht, sexueller Orientierung, Abstammung, Sprache,
14 Herkunft,
15 Glauben, religiöser oder politischer Anschauungen oder Behinderung aus und
16 garantiert die
17 Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Bürgerinnen und Bürger kontrollieren über
18 Öffentlichkeit
19 und Parlamente das staatliche Handeln. Dadurch entsteht die wichtigste Ressource
20 jeder
21 Sicherheitspolitik: Das Vertrauen und die praktische Unterstützung der Bevölkerung.
- 22 In demokratisch verfassten Gesellschaften geht es nicht mehr darum, den Staat vor
23 seinen
24 Bürgern zu schützen. Aufgabe der Sicherheitsinstitutionen ist es vielmehr, die Rechte
25 der
26 Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen und neue wie alte Gefahren für Freiheit und
27 Sicherheit
28 wirksam zu bekämpfen. Die Garantie der Menschenrechte ist dabei der Maßstab, an
29 dem wir
30 unsere Politik messen. Wir Grüne setzen uns deshalb für gut ausgestattete,
31 ausgebildete und
32 geführte sowie demokratisch verantwortete Institutionen von Polizei, Justiz und
33 Nachrichtendiensten ein. Diese müssen nicht nur wirksam und vorausschauend
34 handeln, sondern
35 auch lernen, das eigene Handeln in Frage zu stellen, Fehler zu korrigieren und
36 erfolgreiche
37 Strategien weiter zu verbessern.
- 38 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat sich gegen unsere Freiheit
39 und
40 unsere demokratische Selbstbestimmung gerichtet. Die islamistischen Ideologen
41 werden damit

24 keinen Erfolg haben. Dasselbe gilt für rassistische und antidemokratische
25 Organisationen,
26 die sich gegen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte wenden. Wir fordern eine
27 konsequente
28 Aufklärung aller terroristischen Taten und deren effektive Prävention. Zugleich wenden
29 wir
30 uns im politischen Kampf gegen diejenigen Kräfte, die sich innerhalb des
31 parlamentarischen
32 Systems die unsere demokratische Ordnung angreifen und menschenfeindlichen
33 Ideologien den
34 Boden bereiten.

35 Erfolgreiche Sicherheitspolitik ist eine Politik, die für Freiheit kämpft. Sie ist kein
36 Monopol angeblicher „Sicherheitsexperten“, die aus jedem Ereignis in der Welt eine
37 Verschärfung irgendeines Paragraphen zu folgern in der Lage sind. Viele vermeintliche
38 Sicherheitsdebatten beschäftigen Öffentlichkeit und Bevölkerung mit Scheinproblemen
39 (ein
40 Beispiel ist die Erklärung von Staaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“), während
41 vorhandene
42 rechtliche Regelungen wie im Fall Anis Amri „übersehen“ und die Verantwortung
43 zwischen
44 schlecht koordinierten Behörden hin und her verschoben wird.

37 **Gegen Effekthascherei: Weg von einer ideologischen und hin zu einer**
38 **wirksamen**
39 **Sicherheitspolitik**

40 Auch wenn populistische Ideologen das glauben machen wollen: Unsere Sicherheit
41 wird nicht
42 durch zu viel Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gefährdet. Deutschland verdankt
43 sinkende
44 Verbrechenzahlen nicht zuletzt den Erfolgen der Strafrechtsreformen der letzten
45 Jahrzehnte.
46 Wir stehen zu diesen Reformen - z. B. einem vernünftigen, menschenrechtskonformen
47 Strafvollzug, einem erziehungsorientierten Jugendstrafrecht, einem modernen
48 Sexualstrafrecht
49 - die gegen den düsteren Teil der Traditionen der deutschen Justiz- und
50 Sicherheitsbehörden
51 erkämpft wurden. Attacken gegen wissenschaftliche Vernunft und praktisches
52 Expertenwissen
53 sind für uns nicht akzeptabel. Ideologische Scharfmacherei schafft nicht mehr, sondern
54 weniger Sicherheit. Schärfere Strafen oder Einschränkungen des Jugendstrafrechtes
55 verhindern
56 keine Verbrechen. Gefängnisstrafen für Bagatelldelikte sind schon deshalb so weit als
57 möglich zu vermeiden, weil alle Erfahrungen zeigen, dass das Gefängnis ein zentraler
58 Ort von
59 Radikalisierung und Professionalisierung politischer wie gewöhnlicher Krimineller und
60 Terroristen ist.

51 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**

53 Die gegenwärtige Regierung vermittelt das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem
54 Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt. Dazu hat
55 beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte Bundesinnenministerium
auf neue
56 sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen hilflosen Antworten gibt.
Anstatt
57 Fehler zu analysieren und abzustellen forciert es Gesetzesverschärfungen im
58 Hauruckverfahren, deren Folgen nicht abgeschätzt werden. Im besten Fall sind sie
59 sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall stellen sie wichtige Grundsätze
des
60 Rechtsstaats in Frage.

61 Wir stellen dagegen das Konzept der bürgernahen Sicherheit: Einer personell und
materiell
62 gut ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und einer auf klaren
rechtsstaatlichen
63 Prinzipien beruhenden Arbeit der Nachrichtendienste sowie eines geregelten
64 Informationsaustauschs der deutschen sowie der europäischen Sicherheitsbehörden.
Damit
65 sogenannte „Gefährdern“ wirksam, zuverlässig und bundeseinheitlich und nach klaren
66 rechtsstaatlichen Regeln überwacht werden können ist eine eindeutige Definition des
Begriffs
67 Gefährder*in durch den Gesetzgeber erforderlich.

68 Für mehr Sicherheit brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit sowie
eine
69 motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen
ausgestattete
70 Polizei. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die
Polizei
71 muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein.

72 Die Einsparungen der vergangenen Jahre bei der Bundespolizei waren ein Fehler.
Während die
73 Kriminalität insgesamt sinkt, bereiten Deliktformen wie Wohnungseinbrüche vielen
Menschen
74 Sorge. Gegen solche, in manchen Fällen auch überregional vernetzte Kriminalität
setzen wir
75 zielgerichtete, länderübergreifende Polizeizusammenarbeit sowie auf verstärkte
Prävention
76 und Aufklärung.

77 Unser Ziel ist eine Polizei, die an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgt und
zugleich
78 für eine lebendige Demokratie eintritt. Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige
79 Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie
sie
80 mehrere grün-mitregierte Länder bereits eingeführt haben.

81 Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt
wollen
82 wir beenden. Weil Terror und internationale Kriminalität keine Grenzen kennen,
müssen

83 Sicherheitsbehörden international nach klaren rechtsstaatlichen Regeln, gemeinsamen
84 Grundrechtsstandards und parlamentarisch kontrolliert zusammenarbeiten. Europa hat
85 eine
85 gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das den Schutz der
86 Menschenrechte
86 zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen in das Schengen-
87 System
87 stärkt. Den immer wieder geforderten Einsatz der Bundeswehr im Innern lehnen wir
88 als
88 gefährlichen Unsinn ab. Ein wirksames Mittel, um Terrorakte und Amoktaten zu
89 verhindern, ist
89 die Erschwerung des Zuganges zu Waffen. Es ist immer noch viel zu einfach, an
90 illegale
90 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

91 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher
92 Kriminalitätsbelastung und
92 gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Auch hier ist der
93 Gesetzgeber
93 gefragt, damit die Rahmenbedingungen für derartige Maßnahmen sowie die
94 Möglichkeiten zu
94 ihrer parlamentarischen Überprüfung rechtsstaatlich verbindlich geklärt werden.
95 Zugleich
95 weisen wir aber darauf hin, dass Kamertechnik keine Polizeistreifen ersetzt.

96 **Gewaltmonopol des Rechtsstaates durchsetzen**

97 Wir Grüne stehen für gewaltfreie Formen des politischen Protestes und für das
98 Gewaltmonopol
98 des Rechtsstaates. Gewalttäter sind – gleich welche Begründung sie für ihre
99 Handlungen
99 vortragen – in den dafür vorgesehenen Verfahren zur Verantwortung zu ziehen.

100 Die Zahl rechtsextremer Straftaten hat in den letzten Jahren ein Rekordniveau erreicht.
101 Es

101 gibt inzwischen in Deutschland Regionen, in die Menschen anderer Herkunft oder
102 Hautfarbe

102 sich nicht mehr trauen – eine Schande für den Rechtsstaat. Deshalb ist es eine absolut

103 vordringliche Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen unabhängig
104 von

104 ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität oder Religion frei und sicher
105 bewegen können – egal ob in Berlin, Sachsen oder Baden-Württemberg.

105 Sicherheitsbehörden und

106 Justiz müssen so ausgestattet werden dass sie rechtsstaatliche Verhältnisse überall
107 garantieren können, indem sie rassistische und andere extremistische Straftaten

107 konsequent

108 ahnden und Strategien für den Schutz von Minderheiten entwickeln.

109 Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer Opfer von
110 rassistischer

110 Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden.

111 Zäsur beim Verfassungsschutz

112 Das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das
113 Bundesamt für
114 Verfassungsschutz war in der Vergangenheit häufig nicht in der Lage, angemessene
115 Strategien
116 gegen gefährliche Entwicklungen am rechten Rand zu entwickeln. Auch die
117 zweifelhafte Rolle
118 des Verfassungsschutzes beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf
119 schlimme
120 Fehleinschätzungen hin.

121 Wir wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren Wir wollen
122 das
123 aktuelle Bundesamt für Verfassungsschutz durch ein personell und strukturell
124 reformiertes
125 Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr ersetzen, das mit
126 nachrichtendienstlichen Mitteln
127 klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet Die allgemeine Beobachtung
128 demokratie-
129 und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein unabhängiges Institut zum Schutz der
130 Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche Quellen nutzt und auch das
131 breite
132 Wissen zivilgesellschaftlicher Institutionen für seine Analysen nutzt. Bisher sind
133 Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft regelmäßig besser informiert als das
134 Bundesamt
135 für Verfassungsschutz.

126 Menschenrechtliches Engagement und Prävention stärken

127 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das
128 wollen
129 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen. Wo immer
130 Bürgerinnen
131 und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch
132 Demos und
133 friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der antifaschistischen
134 Einhornaktion,
135 haben sie unsere volle Unterstützung und Solidarität.

136 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen erst gar nicht in
137 menschenverachtende und
138 Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten. Deshalb fordern wir die Förderung von
139 Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von
140 Beratungsstellen,
141 Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch
142 Justizvollzugsanstalten,
143 denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

144 Wir wollen die Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus sowie gewaltbereiten
145 Islamismus
146 und Salafismus massiv ausbauen und Programme zur Deradikalisierung und für
147 Aussteiger
148 insbesondere aus der rechtsextremen und islamistischen Szene stärken. Dabei haben

für uns

140 die wirksamen zivilgesellschaftlichen Ansätze Vorrang. Moscheegemeinden und im
Besonderen
141 ihre Imame sind in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Prävention und Verhinderung
der
142 Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.
143 Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen sollen dabei
gemeinsam in
144 einem bundesweiten Präventionszentrum arbeiten. Dieses Zentrum soll sich nicht nur
mit
145 politisch motivierter, sondern auch mit anderen Formen der Kriminalität befassen und
die
146 erheblichen Potentiale von Präventionsprogrammen in diesem Bereich wirksam
machen.

147 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

148

149 **Rechtsstaatliche Verhältnisse für alle**

150 Wir sehen es als absolut vordringliche Aufgabe der Politik an, dafür zu sorgen, dass
sich
151 alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen
Identität
152 oder Religion frei und sicher bewegen können. Polizei und Justiz müssen dafür sorgen,
dass
153 rechtsstaatliche Verhältnisse wieder im gesamten Bundesgebiet gelten, indem sie
rassistische
154 und andere menschenrechtsfeindliche Straftaten konsequent ahnden und Strategien
für den
155 Schutz von Minderheiten entwickeln. Die personellen und organisatorischen
Voraussetzungen
156 hierfür müssen umgehend geschaffen werden.

157

158 **Präventionsstrategien zu Schwerpunkt machen**

159 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene
160 Demokratie stark. Zivilgesellschaftliche Institutionen, die durch
161 Deradikalisierungsprogramme, Opferberatung oder Präventionsprojekte wichtige
Arbeit gegen
162 rassistisch oder islamistisch motivierte Gewalt leisten, verdienen staatliche und
politische
163 Unterstützung und Anerkennung. Wir Grüne wollen sie deshalb auch finanziell wirksam
164 stärken. Wir wollen zugleich eine umfassende und wirkungsvolle Präventionsstrategie
gegen
165 gewaltbereiten Islamismus entwickeln und umsetzen. Präventionsstrategien bieten
darüber
166 hinaus erhebliche Potentiale für die allgemeine Kriminalitätsbekämpfung. Sie sollen

durch
167 ein bundesweites Präventionszentrum koordiniert werden und alle relevanten
staatlichen und
168 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der
169 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,
170 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und
Medien.

171

172 **Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren**

173 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und
mehr
174 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet
werden. Das
175 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt
wollen wir
176 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim
Bundeskriminalamt
177 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des
178 Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir
ein
179 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr
gründen,
180 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein
181 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und
die
182 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine
183 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die
Deaktivierung von
184 Feuerwaffen einführen.

185

Begründung

Schwächen des alten Entwurfs: Der vorhandene Text handelt bereits in der dritten Zeile von dem, was die Feinde der Freiheit bzw. die politischen Gegner wollen. Er macht nicht die eigenen Ziele stark, sondern arbeitet sich an den Gegnern und Fehlern oder auch Mißerfolgen ab. Das ist unter Kommunikationsgesichtspunkten kontraproduktiv: Man stärkt bekanntlich auch dann die Argumentation des Gegners, wenn man sie kritisch referiert. Der gesamte Antragstext FH-SF-01 wirkt deshalb extrem defensiv. Zentrale grüne und liberale Forderungen tauchen nicht mehr auf, offenbar aus Angst vor populistischen Angriffen. Es gibt für eine derart übertrieben defensive Haltung weder sachliche noch politische Gründe. Vor zwei Jahren haben Bündnis 90/Die Grünen sich als Partei der Freiheit öffentlich präsentiert. Die ängstliche und in Teile widersprüchliche Darstellung des eigenen Staatsverständnisses „ex negativo“ reicht nicht aus, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Dem vorliegenden Entwurf gelingt deshalb nicht einmal im Ansatz, eine Programmatik für die glaubwürdige Übernahme von Sicherheitsverantwortung und die Führung von sicherheitsrelevanten Institutionen vorzulegen, wie es der Anspruch von Bündnis 90/Die Grünen sein muss.

Begründung für die neue Textfassung (Zeilen auf den alten Entwurf bezogen): Der neue Text betont die Zentralität der Menschenrechte. Er geht von der Ebene der Werte und Ziele aus und kommt dann zu den Institutionen und ihrer politischen Gestaltung. Zentraler Begriff ist der des gesellschaftlichen Vertrauens in Verbindung mit der Forderung nach demokratischer Offenheit der Arbeit der Institutionen. Einzelne Argumentationen, etwa die Ablehnung von Gesetzesverschärfungen als Allheilmittel, werden übernommen.

Zeilen 31 neuer Absatz: Anscheinend aus Angst vor populistischen Angriffen verzichtet der vorliegende Text darauf, die Verwurzelung grüner Sicherheitspolitik in der Tradition einer modernen, freiheitlichen Justizpolitik auch nur zu erwähnen. Das ist politisch ein Fehler. Da unsere Haltung als bekannt vorausgesetzt werden kann, wirkt es opportunistisch und unglaubwürdig, wenn wir sie nicht offen benennen und aktiv für sie eintreten. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass liberale Justiz- und Strafvollzugssysteme bei der Verbrechensbekämpfung erfolgreicher sind als alle populistischen Strafphantasien. Damit sollten wir punkten. Auch wenn das bei der Bild-Zeitung nicht leicht sein wird, sind unsere Wählerinnen und Wähler klug genug, den Gedanken zu erfassen.

Zeilen 32-72: Die Forderungen zur Stärkung der Polizei bzw. zum Umbau der Sicherheitsinstitutionen werden in sprachlich modifizierter Form übernommen. Die Videoüberwachung, deren Ausweitung in vielen Fällen im Programm nicht abgelehnt wird, bedarf einer besseren rechtsstaatlichen Fundierung durch den Gesetzgeber. Im bisherigen Text fehlt dieser Hinweis.

Die im alten Entwurf formulierte, radikal klingende (tatsächlich aber ebenso selbstverständliche wie schwierig zu realisierende Forderung, „Gefährder“ lückenlos zu überwachen und „bei Bedarf festzusetzen“ wird durch die Forderung nach einer rechtsstaatsverträglichen Definition dieses Begriffs durch das Parlament ergänzt. Diese wäre Voraussetzung für wirksames bundeseinheitliches Handeln der Behörden.

Zeilen 73-92: Der erste Satz Zeile 73 klingt wie eine Erfolgsmeldung des politischen Gegners, dem wachsender Einfluss bescheinigt wird und wurde deshalb gestrichen. Die nächsten Sätze wurden modifiziert übernommen. Die Formulierung „Keinen

Fußbreit den Faschisten“ ist linker Agitprop aus den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie machte damals (angesichts des Staates der Weimarer Republik, dessen Vertreter insbesondere bei der Polizei, diese ablehnten, verständlich) die physische Auseinandersetzung auf der Straße zum entscheidenden Faktor bei der Bekämpfung rechtsradikaler Strömungen. Im Programm einer gewaltfreien Partei, die das Gewaltmonopol des Staates zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat, hat eine solche Formulierung nichts verloren. Im Entwurfstext führt die historisierend-heroisierende „linke“ Selbstüberschätzung dazu, dass die Verpflichtung des Rechtsstaates und seiner Institutionen, Sicherheit für alle seine Bürger*innen zu garantieren, im Programm nicht formuliert wird. Der Skandal, dass viele Menschen anderer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung sich nicht überall in Deutschland selbstverständlich angstfrei bewegen können, wird nicht einmal benannt. Dass Gewalt immer nur von rechten oder islamistischen Gruppen oder Individuen ausgeht, wie der Text nahelegt, trifft im Übrigen nicht zu – die nächste (politisch für die Wahl relevante) Gelegenheit, sich von dieser Tatsache zu überzeugen, wird der G-20-Gipfel in Hamburg bieten. Deshalb wird die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols sowie eine prinzipielle Ablehnung von Gewalt im neuen Text betont. Entsprechend wird später das erste der drei Projekte neu formuliert: Die Aufgabe, die Freiheitsrechte aller in Deutschland tatsächlich durchzusetzen, ist eine Pflicht des Staates, zu der die Zivilgesellschaft in begrenztem Umfang beitragen kann – nicht umgekehrt.

Zeilen 93-110: Dass Bundesamt für Verfassungsschutz „dauerhaft auf dem rechten Auge blind“ sei, ist offenbar nicht zu belegen. Die polemischen Formulierungen wurden deshalb abgeschwächt. Ein „personell und strukturell völlig neues Bundesamt“ gründen zu wollen, ist erkennbar überzogen und praktisch nicht realisierbar. Ob die Aufteilung in ein öffentliche Quellen und ein zweites, geheimdienstliche Quellen nutzendes Amt sinnvoll ist, sei dahin gestellt; die Forderung wurde trotzdem übernommen.

Zeilen 111-129: Im vorhanden Text wurden Wiederholungen korrigiert und Formulierungen geändert. So wurde die geforderte „Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen“ gestrichen (man muss der heute-show nicht noch die Arbeit erledigen).

Zeile 131-140: Das Projekt stellt ausdrücklich fest, dass es die Pflicht des Staates ist, die Menschenrechte aller zu schützen. Die in der alten Fassung enthaltene Forderung, zivilgesellschaftliche Institutionen für wichtige Arbeit – Opferberatung, Prävention etc. – zu fördern, wurde in die neue Formulierung des 2. Projektes verschoben. Hingegen wird der Vorschlag für ein „Demokratiefördergesetz“ nicht übernommen. Ein solches Gesetz ist überflüssig und kontraproduktiv. Entweder die Demokratie überzeugt durch ihre Institutionen und die Personen, die sie vertreten – oder, wenn ihr das nicht gelingt, ist ihr durch eine Gesetz, das ein paar Millionen vom Staat auf die „Zivilgesellschaft“ umverteilt (die eigentlich ja dadurch definiert ist, dass sie staatsfern und staatsunabhängig handelt) auch nicht zu helfen. Ein solches Gesetz als Bundesgesetz ist in der Partei, soweit bekannt, nicht diskutiert worden. Die Gefahr ist groß, dass es zum Rohrkrepierer würde. Wer genau soll warum als „Demokrat“ gefördert werden? Sportvereine? Die CSU-Ortsgruppe irgendwo? Wo liegen die Grenzen für ein solches Vorhaben, wie soll es finanziell ausgestattet werden? Wie verhält sich ein solches Bundesgesetz zu den zahllosen Möglichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene, sinnvolle Arbeit vor Ort zielgenau zu fördern? Die Vermutung, die Grünen agierten hier als Lobbyorganisation, um ihre Klientel (die ebenso denkt wie sie selbst) zu finanzieren, würde jede Diskussion beherrschen. Der Satz: „Jeglichen

staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab“ am Ende dieses Absatzes wurde gestrichen. Er passt dort nicht hin (was hat er mit dem Thema des Absatzes bzw dem Projekt zu tun?). Im Übrigen ist „anlasslose“ Überwachung exakt die Aufgabe von Nachrichtendiensten, weil sie der Polizei nicht erlaubt ist. Wenn man es genau nimmt, wird durch diese Formulierung in einem Nebensatz die Abschaffung von Geheimdiensten gefordert. Dazu bedürfte es allerdings eines bewusst gefassten Beschlusses auf der Bundesversammlung.

Zeile 141-150: Die Forderungen zum Thema Prävention und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die im alten Text teilweise im 1. Projekt standen, werden in dieser Fassung zusammengeführt und um die Forderung nach Stärkung von Prävention auch im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung ergänzt.